



Ihre Gesprächspartner:

Andreas Stangl

Präsident der AK Oberösterreich

Wolfgang Kinz, MSc

AK-Bezirksstellenleiter Braunau

**Bilanz 2025 der AK Braunau:
Fast 42 Millionen Euro für
Mitglieder erreicht**

Pressekonferenz

Mittwoch, 4. Februar 2026, 10 Uhr

Arbeiterkammer Braunau

Das vergangene Jahr war geprägt von Krisen und Herausforderungen. Die Konjunktur schwächelte, die Inflation war weiterhin hoch, die Zahl der Insolvenzen stieg in Oberösterreich weiter und das Gesundheitssystem steht an der Kippe. Auch arbeitsrechtliche Verstöße und vorenthalte Pensions- oder Pflegegeldansprüche standen auf der Tagesordnung. Im Konsumentenschutz dominierten Anfragen zum Mietrecht, zum Versandhandel sowie zu Gewährleistung und Garantie. All das sorgte dafür, dass die Beratungs- und Vertretungsleistungen der AK Oberösterreich sehr gefragt waren. Der für die Mitglieder erkämpfte Gesamtbetrag war mit 212,5 Millionen Euro so hoch wie nie zuvor.

Zu einem Beratungsschwerpunkt hat sich in den vergangenen Jahren das Thema Pflegegeld entwickelt. Häufig halten die Begutachtungen zur Einstufung der Pflegestufe einer Überprüfung nicht stand. Die AK gewinnt im Durchschnitt jeden Tag zwei Gerichtsverfahren, in denen eine höhere Einstufung festgestellt wird. Von 2021 bis 2025 ist die Zahl der Pflegegeldberatungen um 75 Prozent und die Zahl der erfolgreich abgeschlossenen Fälle um knapp 71 Prozent gestiegen.

Die Arbeiterkammer fordert eine lückenlose Aufklärung, wie solche Begutachtungen zustande kommen, die regelmäßig korrigiert werden müssen. Es kann nicht sein, dass laufend falsche Einstufungen erfolgen und die Gerichte bemüht werden müssen, um angemessene Einstufungen zu erzielen. Auffällige Fehlbegutachtungen müssen auch Sanktionen zur Folge haben.

Mietrecht, Versandhandel und Kreditbearbeitungsgebühren

Im Konsumentenschutz gab es die meisten Anfragen zum Mietrecht und zu gemeinnützigem Wohnen, zum Versandhandel, zu Gewährleistung und Garantie sowie zu Kreditbearbeitungsgebühren. Einen Erfolg verbuchte die AK mit ihrem Einsatz gegen die Parkplatz-Abzocke wegen angeblicher Besitzstörung. Hier wurde eine Gesetzesänderung erreicht. Erfolgreich war auch eine Klage gegen den Online-Riesen Zalando: Das Oberlandesgericht Linz hat die Vertragsklausel, dass Gutscheine nach fünf Jahren wertlos sind, als rechtswidrig befunden. Auch die Einschränkung, dass pro Kauf nur Gutscheine im Wert von 200 Euro eingelöst werden können, widerspricht dem Gesetz.

Fragen zur Aus- und Weiterbildung

Bildungsberatungen stehen bei den AK-Mitgliedern ebenfalls hoch im Kurs und drehen sich häufig um Fragen der Aus- und Weiterbildung, um das Nachholen von Bildungsabschlüssen, berufliche Neuorientierung sowie die Förderung von Bildungsvorhaben.

Knapp 19.000 Rechtsfälle abgeschlossen

In Summe wandten sich im vergangenen Jahr 328.242 Menschen mit ihren Fragen, Anliegen und Problemen an ihre Arbeiterkammer. Knapp 19.000 Rechtsfälle in arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten sowie in Insolvenzverfahren und im Konsumentenschutz wurden gerichtlich oder außergerichtlich abgeschlossen. Insgesamt konnte die AK Oberösterreich 2025 für ihre Mitglieder mehr als 212 Millionen Euro erreichen.

AK-Direktleistungen an die Mitglieder

Die AK Oberösterreich hat ihre Mitglieder auch im vergangenen Jahr direkt und unkompliziert finanziell unterstützt:

- Neu eingeführt wurde im Juli der Mundhygienebonus. Hier erhält jedes Mitglied (ab 18 Jahren) für die Zahnprophylaxe einmalig 50 Euro, die Aktion läuft bis Juni 2026. Bisher wurden 42.254 Anträge freigegeben und eine Summe von 2.112.700 Euro ausgeschüttet.
- Abgeschlossen wurde im Juli 2025 der im September 2024 eingeführte AK-Klassenfahrtsbonus. Damit entlastete die AK Oberösterreich ihre Mitglieder bei den Beiträgen für kostenpflichtige Wandertage, Kennenlerntage, Skikurse oder Sprachwochen. Der Klassenfahrtsbonus wurde insgesamt 31.331 Mal gewährt. Die Fördersumme betrug 4.644.150 Euro.
- Lehrlingen gewährt die AK den Mobilitätsbonus in Höhe von einmalig 100 Euro. Um diesen Bonus zu bekommen, müssen die Lehrlinge entweder ein Jugendticket Netz des OÖ Verkehrsverbundes oder ein Klimaticket haben. Mit dem Bonus, der bisher 15.817 Mal gewährt wurde, sollen die jungen Menschen zur häufigeren Öffi-Nutzung motiviert werden.

- Den Zuschuss zum Fahrsicherheitstraining für Mitglieder unter 26 Jahren in Höhe von 100 Euro hat die AK Oberösterreich im vergangenen Jahr 5.139 Mal ausbezahlt. Mit ihm soll die Mobilität junger Menschen gefördert werden.
- Der AK-Bildungsbonus in Höhe von 150 Euro, mit dem die AK die Aus- und Weiterbildung ihrer Mitglieder fördert, wurde im vergangenen Jahr 4.519 Personen gewährt.

Thema Gesundheit ist wichtig

Auch das Thema Gesundheit lag den AK-Mitgliedern im Bezirk Braunau sehr am Herzen. Nur mehr 47 Prozent der Befragten im Innviertel sind mit unserem Gesundheitssystem zufrieden. Jene Personen, die an chronischen Erkrankungen leiden, betrachten das Gesundheitssystem noch kritischer. Oberösterreichweit stellen nur 38 Prozent dieser Gruppe der Gesundheitsversorgung ein positives Zeugnis aus, im Vergleich zu 48 Prozent derjenigen, die an keinerlei chronischen Beschwerden leiden.

69 Prozent der Befragten aus dem Innviertel fühlen sich durch das lange Warten auf einen Termin bei einer Fachärztin oder einem Facharzt, für eine Untersuchung oder für eine Operation stark oder sehr stark belastet. Patient:innen, die es sich leisten können, weichen auf Wahlärzt:innen aus, auch private Krankenversicherungen boomen. 7 Prozent der Menschen im Innviertel suchen ausschließlich oder überwiegend Wahl- und Privatärzt:innen auf und begründen das damit, dass sie dort schneller einen Termin bekommen, sich besser aufgehoben fühlen und nicht einfach „abgefertigt“ werden. Die AK Oberösterreich fordert deshalb die politischen Entscheidungsträger:innen auf, endlich etwas gegen diesen zunehmenden Trend zur Zwei-Klassenmedizin zu unternehmen.

AK Braunau half im vergangenen Jahr mehr als 5.500 Mal

Aktuell sind im Bezirk Braunau 38.177 AK-Mitglieder mit Hauptwohnsitz gemeldet. Viele von ihnen nutzen die Leistungen der Arbeiterkammer. Ob rasche Hilfe bei arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten oder bei Fragen rund um Weiterbildung: Das Beratungsangebot in der AK Braunau findet großen Anklang bei den Mitgliedern. Das zeigt auch die Statistik. Im Jahr 2025 wandten sich Rat- und Hilfesuchende 5.544 Mal an die AK Braunau: in 3.070 Fällen telefonisch, in 2.026 Fällen persönlich (inklusive 161 Bildungsberatungen) und in 448 Fällen per E-Mail.

Fast 42 Millionen Euro für AK-Mitglieder

Bei vielen Arbeitsrechtsproblemen reicht eine Beratung nicht aus. Die AK muss dann bei den Arbeitgebern intervenieren. Außergerichtlich hat die AK Braunau 366.733 Euro an vorenthaltenem Entgelt hereingebracht. Manche Arbeitgeber lassen es aber auf einen Streit vor Gericht ankommen, dort erkämpfte die AK Braunau im vergangenen Jahr für ihre Mitglieder 361.251 Euro. Insgesamt sind das 727.984 Euro.

Von den insgesamt 185 Arbeitsrechtsfällen stammen 137 Fälle und somit 74 Prozent aus Betrieben ohne Betriebsrat. Daran erkennt man, wie wichtig eine betriebliche Interessenvertretung für die korrekte Bezahlung der Arbeitnehmer:innen und die Einhaltung des geltenden Arbeitsrechts ist.

Hauptsächliche Gründe waren offenes Entgelt (60), Kündigungen und Entlassungen (56) sowie Endabrechnungsdifferenzen (27).

In 210 Sozialrechtsangelegenheiten erstritt die AK Braunau im vergangenen Jahr 5.949.581 Euro. Dabei ging es überwiegend um die Themen Pension und Pflegegeld. Zusätzlich wurden 2025 für Arbeitnehmer:innen aus insolventen Betrieben im Bezirk Braunau 35.186.770 Euro durchgesetzt.

In Summe hat die AK Braunau im Vorjahr an arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüchen sowie an Forderungen nach Insolvenzen für ihre Mitglieder Zahlungen von insgesamt 41.864.345 Euro erreicht. Das zeigt, wie wichtig eine regionale Anlaufstelle ist. Damit alle Mitglieder möglichst einfach zu ihrem Recht kommen, setzt die AK ganz bewusst bei ihren Serviceleistungen auf Wohnortnähe. Sie bietet ihnen die Möglichkeit, sich Rat und Hilfe direkt in ihrer Region zu holen.

AK kämpft um jeden Euro

In ihrem Engagement für ihre Mitglieder macht die Arbeiterkammer keinen Unterschied, ob es sich um große oder kleine Beträge handelt. So erkämpfte die AK Braunau in einem gerichtlichen Vergleich einen Betrag von 49,50 Euro für einen Mann, dessen Arbeitsverhältnis nach einem Tag in der Probezeit aufgelöst worden war. Den höchsten Betrag, nämlich 111.600 Euro, erhielt ein Mann, der 28 Jahre lang in einer Bank beschäftigt und zu Unrecht entlassen worden war.

Ein Fall aus dem Arbeitsrecht: Kündigung angefochten

Ein Arbeitnehmer aus dem Bezirk Braunau war mit einer kurzen Unterbrechung rund 19 Jahre in einem lebensmittelverarbeitenden Betrieb tätig. Als er seinen Chef auf Ungereimtheiten bei seinen Stundenaufzeichnungen und der Abrechnung seiner Überstunden aufmerksam machte und die korrekte Abrechnung seiner Stunden einforderte, wurde er tags darauf gekündigt. Mit der Begründung, die Firma müsse sparen. Tatsächlich suchte diese zur gleichen Zeit verstärkt nach neuen Mitarbeiter:innen.

Da es sich bei der Begründung um eine reine Schutzbehauptung handelte, focht die AK Braunau die Kündigung beim Arbeits- und Sozialgericht wegen eines unlauteren Motivs und auch wegen Sozialwidrigkeit an. Da der Arbeitnehmer aufgrund des respektlosen Umgangs mit ihm ohnehin nicht mehr im Unternehmen arbeiten wollte, konnten sich die Streitparteien vor Gericht auf einen Vergleich einigen. Der Mann bekam 15.000 Euro nachbezahlt.

Ein Fall aus dem Sozialrecht: Höheres Pflegegeld erreicht

Eine Frau aus dem Bezirk Braunau hatte Pflegegeld der Stufe 1 bezogen. Aufgrund ihrer verschiedenen schweren Erkrankungen ist sie in ihrer Mobilität und Selbständigkeit stark eingeschränkt. Darum stellte sie einen Antrag auf Erhöhung und bekam von der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) Pflegestufe 2 zugesprochen. Das erschien ihr zu wenig. Darum wandte sich die Familie an die AK Braunau. Diese klagte im Namen der Frau gegen den bisherigen Bescheid und erreichte die Pflegestufe 4.

AK Braunau – Serviceangebot

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag: 7:30 Uhr bis 16 Uhr

Freitag: 7:30 Uhr bis 13:30 Uhr

Persönliche Beratung: während der Öffnungszeiten nach Terminvereinbarung unter +43 (0)50 6906-4111

Telefonische Beratung: während der Öffnungszeiten unter +43 (0)50 6906-1 – aus ganz Oberösterreich

Bildungsberatung: alle zwei Wochen, immer ab 15:30 Uhr, nach Terminvereinbarung unter Tel. +43 (0)50 6906-4111

Kontaktdaten:

5280 Braunau, Salzburger Straße 29

Tel: +43 (0)50/6906-4111

Homepage: ooe.arbeiterkammer.at/braunau

E-Mail: braunau@akooe.at